

# Saale-Beitung.

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retancien die Seite 60 Pfg.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Anstellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgeb. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

[Zersprengungsverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. c.]  
Anschluß-Nr. 176.

Zwölftemzwanzigster Jahrgang.

Nr. 174.

Halle a. d. Saale, Freitag den 14. April

1893.

### Vollstische Ueberfahrt.

So dringend angelegentlich der Gefahr, daß sich die Cholera im Deutschen Reich wieder ausbreiten könnte, die schnelle Erledigung des Seuchengesetzes ist, so wenig Hoffnung scheint zu bestehen, daß es noch in dieser Session zu Stande kommt. Die Maßnahmen, die hier verfertigt oder wenigstens zugelassen werden, beruhen auf der weitestgehenden Anstehungslehre und führen zu Folgen, die in der That in mancher Hinsicht geradezu barbarisch erscheinen — als ob gegen den starr kontagionsförmigen Standpunkt überhaupt kein Widerspruch möglich wäre!

Unter den Maßnahmen, die infolge des Gesetzes verfügt werden können, erregen einige mit Recht tiefes Versehen. Zunächst wird es den beamteten Ärzte freigestellt, in den Fällen, in denen es für unerlässlich hält, Patienten aus ihrer Wohnung zwangsweise in das Krankenhaus überzuführen zu lassen; aber wer ist der beamtete Arzt? Regelmäßig eine Person, die mit den Verhältnissen des Patienten weit weniger vertraut ist als der behandelnde Arzt, der vielleicht schon viele Jahre in der Familie verkehrt und ihre Bedürfnisse auf das genaueste kennt. Weshalb soll man das Wohlthun des beamteten Arztes in diesem Falle höher stehen als das des beamteten Hausarztes? Ueberhaupt zeichnet sich der Gesetzentwurf durch eine so vollkommene Nichtachtung der Privatärzte aus, wie man in unserer Zeit kaum für möglich halten sollte, zumal doch bei jeder Epidemie die Behörden auf die Mitwirkung der Privatärzte in erster Reihe angewiesen sind. Gerade in Zeiten, in denen Volksgesundheitsfragen, sind die beamteten Ärzte ohnehin mit Arbeiten dermaßen überlastet, daß die Mitwirkung der Privatärzte unmöglich ist, und mindestens sollte gegen den Widerspruch des behandelnden Privatärztes niemals ein Patient zwangsweise in ein Krankenhaus transportiert werden. Ferner sollen — und hier zeigt sich am deutlichsten die Wirkung der Anstehungslehre — auf Anordnung des beamteten Arztes nicht nur Wohnungen, sondern ganze Häuser geräumt, je, es sollen auch Wohnungen und Häuser durch äußere Kennzeichen als verunreinigt bezeichnet werden können. Das ist wie im Mittelalter, als der gelbe Tod durch Europa zog. Das ist nicht nur barbarisch, es ist auch angelegentlich der Verbreitungsart der Cholera ganz unrichtig; denn sowohl ist nachgerade durch die Evidenzen des letzten Jahres trotz noch nahezu unvollständiger Feststellung, daß eine Uebertragung der Seuche von Person zu Person keineswegs stattfindet, daß vielmehr die Uriage der Epidemie meist in schlechten Boden- und Wasserverhältnissen zu suchen ist, wie es auch ähnlich bei der Malaria der Fall ist. Mit dem Stomachacallus mag man künstlich noch so schwere Cholera erzeugen, der Bacillus ist dabei nicht die Hauptsache, und er überträgt sich nicht so leicht, wie die Kontagiositäten der Lepra. Für den Schaden, den man durch Desinfektion erleidet, soll man zwar einigermaßen Ersatz haben. Wenn nur aber ein ganzes Haus geräumt wird, wie steht es dann mit den Mietbesitzern? Wo bleiben die Möbel der Wirtin? Wer erfüllt ihre Verpflichtungen? Und wenn man durch äußere Kennzeichen ein Haus als verunreinigt von jedem Verkehr abschneidet, wer erlaubt die eingeschlossenen Personen; wer entscheidet beispielsweise die in diesem Hause wohnenden Kaufleute und Gewerbetreibenden? Davon steht im Seuchengesetz kein Wort!

Der Entwurf beschränkt sich auf die dringendste Aufgabe, nämlich auf Abwehrmaßnahmen gegenüber solchen Krankheiten, welche infolge ihrer leichten Uebertragbarkeit und ihres raschen Verlaufes erfahrungsmäßig die Bevölkerung in weiten Kreisen heimlich und den Verkehr am empfindlichsten treffen. Es steht in der Begründung des Gesetzesentwurfes. Da wird also die leichte Uebertragbarkeit der Cholera ohne weiteres als erwiesene Tatsache angenommen. Wenn die Cholera wirklich eine so leicht Uebertragbare Krankheit wäre, dann sollen die Verfasser des Gesetzesentwurfes den himmlischen Zeus ersuchen, weshalb die Cholera von Hamburg aus fast nie Uebertragen wurde, sondern nahezu alle damals auswärts vorgekommenen Cholerafälle entweder Personen betrafen, die in Hamburg selbst den Krankheitskeim in sich aufgenommen hatten, wie man in einem versuchten Orte einen Malariakeim in sich aufnehmen kann, oder aber in Orten entstanden, welche ganz ähnliche Boden- und Wasserverhältnisse wie Hamburg hatten. Denn der Verkehr war trotz drückender Maßregeln so wenig vermindert, daß Choleraerkrankungen von dort in alle Welt verschleppt wurden. In der Anzahl Mitleiden hat eine geradezu fürchterliche lokale Epidemie gepakt, und niemand wird behaupten, daß zwischen Mitleiden und Halle der Verkehr vollständig unterbrochen war. In Halle aber ist nicht ein einziger Krankheits- oder Todesfall an Cholera vorgekommen. Solche unverständlichen Thatsachen sprechen mehr gegen die Kontagionslehre als alle Bacillenlehre sie unterstützen kann. Keine Cholera-Epidemie entsteht beimnach durch Verbreitung des Bacillus mittels des Verkehrs, sondern allein durch örtliche und atmosphärische Verhältnisse. Dieser Annahme zufolge haben heute zahlreiche Mediziner, und deshalb ist es begründet, daß das Seuchengesetz weder die allgemeine Befriedigung hervorruft, die man erwartet, noch auf eine sofortige Erledigung im Reichstage zu rechnen hat. Es geht in mancher Hinsicht über die berechtigten Grenzen hinaus und bleibt in mancher Hinsicht, namentlich bezüglich der Organisation des Reichsgesundheitsrates, hinter den berechtigten Erwartungen zurück. Als ein erster Versuch auf diesem Gebiete sei es willkommen angesehen und einer Prüfung unterzogen, aber für den Augenblick empfiehlt es sich, statt eines allgemeinen Seuchengesetzes ein Nothgesetz für die Cholera zu erlassen. Dazu würde sich wohl in dieser Session Zeit finden.

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und Herr Stöcker“ bringen die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel, der sich

gegen die Meinungen Stöcker's wendet, daß sich Fürst Bismarck mit allen Parteien erheben, die National-liberalen an die Wand gedrückt, die Konservern sehr unliebenswürdig behandelt, aber nie ein Wort gegen die Uebermacht des Judenthums übrig gehabt habe. Die „Saalb. Nachr.“ fragen dem gegenüber, ob sich ein leitender Minister etwa zum Hauptbund für Fraktionsinteressen erheben solle, und ob Herr Stöcker glaube, wenn er plötzlich an die Spitze der deutschen Politik gestellt würde, daß er seinerseits den Antisemitismus in dem bisher von ihm betriebenen Maße fortsetzen könne? Auf Veranlassung Bismarck's sei übrigens gegen Herrn Stöcker beim Regierungsrat Kaiser Friedrich's mit Rücksicht auf die Tapferkeit, die Herr Stöcker im Kampfe gegen die Demokratie bewiesen, „ein milderes Verfahren als das beschlossene“ eingeschlagen worden. Herr Stöcker sei nun in den Jahren, wo er seine Lebensfähigkeit wahren könnte, der Artikel schließt, „es sei zu bedauern, daß die Fähigkeiten und die Energie, welche Herr Stöcker besitzt, infolge seiner Charakterfehler ohne Nutzen für das Staatswesen verbracht werden.“

Ueber unsere „Einjährig-Freiwilligen“ bringen die „Grenzboten“ in ihrer neuesten Nummer einen sehr beachtenswerten Aufsatz; ohne alle Unterbrechungen zu wollen, müssen wir doch eingestehen, daß vieles wenigstens Aufmerksamkeit und Beachtung verdient. So heißt es u. a.:

Die Einrichtung des einjährig-freiwilligen Dienstes ist mit der Zeit ein wahrer Krebsgeschwür geworden. Die damit verbundene Halb- und Unbildung drückt den besten Bürgerstand in geistiger Beziehung herunter. Weshalb besteht man nicht die ganze Einrichtungs- wie es in Frankreich schon vor ein paar Jahren geschehen ist? Ferner mit den einjährig-freiwilligen! Dafür allgemeine Durchführung der zweijährigen Dienstzeit und Verbesserung der Leute nicht den lächerlichen Sekundärdienst, sondern nach ihrer militärischen Schulung, nach ihrer wirklichen Bildung und nach ihrer bürgerlichen Stellung! ... Wir Deutschen sind bei den Vorurteilen, die wir haben, daß wir bei einem Mann nicht danach fragen, wie ist seine Bildung? sondern immer nur: woher hat er seine Bildung, welche Schule hat er besucht, bis zu welcher Klasse ist er gekommen? Sind diese Fragen genügend beantwortet, dann ist das Urteil über den Mann fertig. ...

Der Schlupfwinkel ist etwas schwarz und bitter gehalten; aber daß er nicht auf Wahrheit beruht, läßt sich leider nicht behaupten.

Von allgemeinem Interesse ist eine Verhandlung über Doppelwährung, welche vor einigen Tagen in einer Sitzung des Centralrats der deutschen Gewerbevereine stattgefunden hat. Der Anwalt des Verbandes, Herr Dr. Max Hirsch, hatte es für seine Pflicht gehalten, diese auch für die deutsche Arbeiter wichtige Frage eingehend zu behandeln. Der Vortragende hat, wie aus dem in der letzten Nummer des Organs der Gewerbevereine auf Veranlassung des Centralrats veröffentlichten Vortrage hervorgeht, zunächst unter Anführung zahlreicher Thatsachen die Behauptung niedergelegt, daß infolge der Einführung der Goldwährung das Geld theurer und demnach der Werth der Waaren geringer geworden sei, d. h. daß man heute für dasselbe Geld mehr Waaren kaufen könne als vor Einführung der Goldwährung. Das sind Dinge, die jeder nach seiner persönlichen Erfahrung beurteilen kann. Die Goldwährung hat nicht verhindert, daß in den letzten 20 Jahren in fast allen Gegenständen der Produktion sehr erhebliche Preissteigerungen eingetreten sind. Die Goldwährung hat auch nicht verhindert, daß nach der schlechten Ernte von 1891, wie jeder weiß, der Roggen auf den merklich hohen Preis von 250 M. stieg, wobei, wie der Vortragende zutreffend bemerkt, die größte Noth wohl nicht auf Seiten der Ausbeisiger zu finden war. Ja, die jetzigen Klagen der Agrarier über die sinkenden Getreidepreise werden unwiderleglich, daß die Goldwährung mit diesen Schwankungen gar nichts zu thun hat. Würde jetzt an die Stelle der Goldwährung die Doppelwährung gesetzt, so würde selbstverständlich der Waarenpreis nach dem billigeren Werthmesser, dem Silber, bemessen werden, und da dieses seit den 70er Jahren eine Werthverminderung um über 30 Proc. erfahren hat, infolge der kolossalen Vermehrung der Silberproduktion, und voraussetzlich noch weiter im Preise sinken wird, so würden die Preise der Waaren in demselben Maße steigen, in demselben Verhältnis aber würde der Werth der Hypotheken und sonstigen Schuldtitel, sowie aller Geldbesitze, d. h. der Gehälter, Pensionen, Renten und — Arbeitslöhne sinken.

Alles, sagte Herr Dr. Hirsch, was zur Zeit der „langen Elle“ (des vollen Geldwerthes) geliehen und festgelegt worden ist, würde mit der „kurzen Elle“ (mit dem weit billigeren Silbergeld) abgetragen und bezahlt werden. Was insbesondere die Reichslehne betrifft, so ist es allgemein anerkannt, daß diese bei Selbstentwertung nur sehr langsam den geliehenen Gütern- und Waarenpreisen nachziehen; in der Zwischenzeit werden also die Millionen Arbeiter auf schwerer und der Deckerung. Der Vortheil für Grundbesitz und Landwirthschaft würde in kurzer Zeit vonnöthen sein, er würde durch vielfach größere Nothbedürfnisse, durch schwere Schädigung der ärmeren Klassen und aller Gläubiger, und Zinsenswinger (vorwiegend durch eine große Zahl von mittelmäßigen und kleineren Leuten, Zinswäldern, Greisen, Wittwen und Waisen) durch Gefährdung des gesammten Staatswohlens erkauft sein. Bleiben wir daher bei unserer bewährten reichsgeldlichen Goldwährung, deren kleine Mängel und Nachtheile sehr wohl im einzelnen verbeßert und beseitigt werden können. Bleiben wir bei der Goldwährung im Interesse des arbeitenden Volkes, das zu schätzen unsere heiligste Aufgabe sein soll nun und immerdar.

Nachdem Parlament und Senat in die Ferien gegangen sind, hat der pariser „Figaro“ dafür gerathen, daß es den Parteien nicht an einem neuen aufregenden Stoffe fehle. Er kündigt Entwürfe über den „Fall Turpin“ an; was er bisher davon so gut wie nichts, und was er in Aussicht stellt, hat er

noch nicht gegeben. Nicht wird in die Sache wohl erst kommen, wenn die schon von uns erwähnte Interpellation Magnier's an die Regierung erfolgt ist. Magnier motiviert seinen Antrag damit, die erst jetzt erfolgte Begnadigung Turpin's bezüge entweder eine unverschämte Schwäche oder sie enthalte das Zugeständnis, daß bei der Unterdrückung sowohl wie auch beim Strafverfahren gegen Turpin schwer geschickt worden sei. Und was behaupten nun die Freunde Turpin's? Nach ihnen hätte die Kriegsverwaltung nicht Entschuldigungen über ihr Verbalten gegenüber dem Erfinder, sondern solche über seine Erfindung befristet. Der Grund dieser Befristungen ist aber nicht recht klar, nachdem das „Melinit-Gesheimniß“ längst kein Geheimniß mehr ist. Wie Herr Freycinet zunächst leugnet, Herrn Turpin überhaupt zu kennen, so auch der von Turpin am schwersten angegriffene General Labodcat; letzterer verweigert, entgegen Turpin's Behauptung, ihm niemals vorgeföhren zu haben, seine Tochter zu heiraten. Wie gesagt, man darf auf weitere Entschuldigungen gespannt sein; ob sich aber aus ihnen eine neue Art von Panama-Skandal herauslösen läßt, dürfte sich ausweisen lassen. Ueber den „Erfinder des Melinit's“ selber wird uns aus Paris geschrieben:

Ein ganz eigenartiges Licht auf den Charakter des Mannes, auf die unglückliche Seelenverfassung, die ihn schloß, die Lage nicht verlassen hat, wirft die Behauptung, der er sich während der ganzen 2 1/2 Monate dauernden Gefangenschaft unterzogen hat. In dieser Zeit erwartete er die Verurteilung seines Schicksals, besaß Turpin die innere Sammlung, ein weitestgehend angelegtes Werk von 3 Bänden zu je 300 Seiten über die „Schöpfung der Welt“ zu verfaßten, in dem er die Entstehung der Welt, die Bildung des Mannes, die wissenschaftliche Natur des Weltalls, des Lichtes und der Elektrizität, die Ursachen der Rotation der Planeten, die Frühbewegung, verschiedene andere Naturerscheinungen und schließlich die Luftschiffahrt behandelte. Die Ruhe seines Geistes, die Gewißheit erfüllter Tugend und das Vertrauen in seinen guten Stern haben ihm nach eigener Aussage den Muth anreicht erhalten. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis habe Turpin seinen Freunden gegenüber die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er keineswegs bedürftig, aus seiner Sache Kapital zu schlagen. Seine fernere Thätigkeit liege auf wissenschaftlichem Gebiete, und er habe keinen dringenderen Wunsch als den, nimmere in Ruhe gelassen zu werden. — Ruhe und Schweigen wird wohl schließlich das Ende dieser Affäre sein, die für einige Tage das sensationell-besorgliche Paris wieder in eine angenehme, nervenreizende Aufregung versetzt.

Die londoner „Times“ bringt ein Interview ihres weniern Korrespondenten mit Stambulow und Grew. In Rücksicht auf die demnächstige Vermählung des Prinzen Ferdinand und die damit vielleicht erfolgende Begründung einer tobjurgern Dynastie erscheinen die Worte des bulgarischen Ministerpräsidenten von besonderer Bedeutung. Der weniern Berichterstatter schreibt:

Einem Manne durch die Dobrucha läßt Stambulow für unvorstellbar, vielmehr glaubt er, daß ein mächtiger russischer Angriff von Schwarzem Meer her kommen würde. Im letztem Falle würde die Türkei, die Türkei eingreifen, auf deren Hauptstadt es in nächster Zeit abgesehen sei. Im schlimmsten Falle seien 200,000 tüchtige Soldate, gut bewaffnet und ausgerüstet Bulgaren bereit, für die Vaterland zu sterben. „Nichts“, sagte Stambulow, „nichts ist in der Politik gefährlicher als Unwissenheit und unglückliche Willkür.“ In Rückblick über den Geist unseres Volkes sprach er sich sehr lebhaft aus. Die russische Regierung hat sich von ihren Agenten lassen, daß sie einen Fluchtplan in Burgas oder Varna zu landen brauche, um einen Aufstand zu Gunsten Bulglands herbeizuföhren und die Abiegung des Fürsten, sowie die Aufkündigung sämtlicher Minister zu bewirken. Das heißt aber die Thatsachen unkenntlich zu machen und ihre Führer würde das Volk aufzuföhren, falls sie den Fuß ins Fürstenthum zu setzen wagen.

Zu einem Mitarbeiter der „N. Fr. Pr.“ äußerte sich Stambulow folgendermaßen:

„Wir haben“, sagte er, „gute Beziehungen zu Deutschland, Frankreich, England und Deutschland. Die Russen haben wir nie so gut wie jeht, und da sollten unsere Gegner mächtig genug sein, unsere Freiheit, unser Selbstbestimmungsrecht zu gefährden.“

Man darf annehmen, daß Stambulow nicht so offen gegen Staaten — auch Englands und der Worte — gedacht hätte, welche den Frieden Europas aufrecht zu erhalten ihnen, wenn ihm nicht dazu von Seiten seines Fürsten eine gewisse Autorisation erteilt worden wäre.

### Deutsches Reich.

Berlin, 14. April. Der national-liberalen Partei des Abgeordnetenhauses, zu Händen des Herrn v. Benda, ist ein sehr freundliches Dankschreiben des Fürsten Bismarck für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag zugegangen.

Am „Friedberger Kreisblatt“ veröffentlicht der Reichstagsabg. A. H. v. d. folgende Erklärung: „In verschiedenen Blättern wird behauptet, daß ich in einer Verammlung zu Groschenheim die konservativ-liberalen Parteien angegriffen hätte. Es ist das eine böswillige Erfindung der Gegner. Die konservativ-liberalen Parteien haben ich niemals angegriffen, wohl aber habe ich gesagt, daß auch in der konservativen Partei ebenso wie in allen anderen Parteien einzelne Personen von den Juden finanziell abhängig, mit ihnen geschäftlich verbunden oder gar durch die Hande des Blutes mit ihnen vereinigt seien. Solche Personen haben auch im Reichstags, und diese Leute werden von uns Antisemiten rüchtdigst bekämpft werden. Auch Herr v. Fellen, der Reichstagsabgeordnete, hat sich in der Verammlung bei zu bekämpfen, ist öffentlich gegen die Antisemiten aufgetreten ist.“ Es ist ein sehr lebhafter Antrag, mit dem er die Gmünd der Antisemiten wieder erwerben wollte, ist vollständig wertlos und außerdem undurchführbar. Mit den wirklich erblichen patriotischen Konservern dagegen würden wir Schuler an Schulter kämpfen, und diese würden es sich nicht nehmen lassen, uns rüchtdigstlos zu folgen, wenn wir nur erst Befehle gäben!“





